



Plenarprotokoll

33. Sitzung

Donnerstag, 13. Juni 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Erklärung des Präsidenten		Philipp Magalski (PIRATEN)	3175
zu den Demonstrationen in der Türkei	3166	Bürgermeister Frank Henkel	3175
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3166	Gefährdet der Senat den Standort des Berliner Ensembles am Schiffbauerdamm?	3175
Neugewählter Fraktionsvorstand der Piratenfraktion	3166	Sabine Bangert (GRÜNE)	3175
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	3166	Staatssekretär André Schmitz	3175
Frank Zimmermann (SPD)	3166	Sabine Bangert (GRÜNE)	3176
Sven Rissmann (CDU)	3167	Staatssekretär André Schmitz	3176
Ramona Pop (GRÜNE)	3168	Einseitige Aufkündigung bestehender Verträge durch die Charité?	3176
Udo Wolf (LINKE)	3169	Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	3176
Pavel Mayer (PIRATEN)	3170	Senatorin Sandra Scheeres	3176
1 Mündliche Anfragen	3171	Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	3177
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Sandra Scheeres	3177
Drucksache 17/MA33		Reduzierung der Klassengrößen an den ISS	3177
Berlin braucht dich!	3172	Martin Delius (PIRATEN)	3177
Franziska Becker (SPD)	3172	Senatorin Sandra Scheeres	3177
Senatorin Dilek Kolat	3172	Martin Delius (PIRATEN)	3177
Franziska Becker (SPD)	3172	Senatorin Sandra Scheeres	3177
Senatorin Dilek Kolat	3172	Özcan Mutlu (GRÜNE)	3178
Sabine Bangert (GRÜNE)	3173	Senatorin Sandra Scheeres	3178
Senatorin Dilek Kolat	3173	Sind die Angebote der Lesbenberatung und des Familienplanungszentrums Balance finanziell abgesichert?	3178
Rote Hilfe	3173	Tom Schreiber (SPD)	3178
Burkard Dregger (CDU)	3173	Senator Mario Czaja	3178
Bürgermeister Frank Henkel	3173	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	3178
Burkard Dregger (CDU)	3174	Senator Mario Czaja	3179
Bürgermeister Frank Henkel	3174		

(Frank Zimmermann)

Man darf sich aber auch fragen, wie zuverlässig der Mikrozensus ist. Er ist im Prinzip eine Hochrechnung wie eine Meinungsumfrage. Von einer bestimmten Anzahl von Haushalten werden repräsentativ Daten erhoben und hochgerechnet. Wie hoch ist die Fehlerquote? Repräsentativ heißt ja nicht, dass das Ergebnis stimmt. Muss etwa das zugrundeliegende Bevölkerungsstatistikgesetz des Bundes überarbeitet werden? Ist es wirklich zeitgemäß, dass Deutschland seine Einwohnerzahl, wie beim Zensus 2011 jetzt geschehen, mindestens teilweise schätzt, oder müssen wir nicht zu einer vollständig registerbasierten Ermittlung kommen, wie es etwa die skandinavischen Länder machen?

Wir ziehen das Thema hier nicht hoch, weil wir beleidigt wären, dass unsere Prognosen nicht zuträfen, oder weil wir schlechte Verlierer im Länderfinanzausgleich wären.

[Lachen von Joachim Esser (GRÜNE)]

Wir müssen Klarheit gewinnen über die Auswirkungen auf das Finanzgefüge unter den Ländern, über unsere Einnahmesituation und vor allen Dingen über das, was es für die Berlinerinnen und Berliner bedeutet. Für unsere Planungen von der Steuerentwicklung bis hin zu den Investitionen brauchen wir verlässliche statistische Daten, und wir brauchen sie schnell. Für den 25. Juni ist die Beratung des Haushalts 2014/15 im Senat vorgesehen. Im Sommer muss die Finanzplanung des Landes fortgeschrieben werden, einschließlich der großen Investitionen und aller weiteren mittelfristigen Planungen. Wir können also nicht warten. Es ist deshalb aus unserer Sicht beinahe zwingend – ich würde sogar sagen, es wäre sehr nett und hilfreich –, wenn wir in der letzten Sitzung vor den Ferien den Mikrozensus hier zum Thema der Aktuellen Stunde machen könnten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der CDU Herr Kollege Rissmann – bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen haben wir durch die Bekanntgabe der Ergebnisse des Zensus 2011 erfahren, dass wir 180 000 Berliner weniger sein sollen, was bedeuten würde, dass wir 5,2 Prozent weniger Einwohner hätten als bislang angenommen. Dieses Ergebnis wirft viele Fragen auf, ähnlich wie in der Rede des Kollegen Zimmermann gerade zum Ausdruck gekommen ist. Antworten gibt es bisher kaum, vielleicht einige erste Analysen.

Im Vordergrund steht im Moment – und sicher auf bei der heutigen Plenardebatte – die Frage der haushalts- und finanzpolitischen Bewältigung dieser Differenz der angenommenen und der tatsächlichen Einwohnerzahl unserer

Stadt, da Berlin auf Hunderte Millionen Euro verzichten muss.

Was bedeutet diese Abweichung für die konkret anstehenden Haushaltsberatungen? Diese Frage muss in dem Wissen gestellt werden, dass hinter jeder u. U. kleiner werdenden Zahl im Haushaltsplan eine gesetzliche Verpflichtung oder ein politisches Anliegen, ja auch viele politische Versprechungen stehen.

Zuvor wird aber die Frage zu klären sein – der Kollege Zimmermann hat darauf hingewiesen –, ob die Ergebnisse des Zensus wirklich belastbar sind. Der Senat wird zu prüfen haben, ob er den Feststellungen widersprechen muss oder ob die Ergebnisse methodisch und statistisch haltbar sind. Da es aus meiner Sicht kaum vorstellbar erscheint, dass administrativ gesehen von heute auf morgen 180 000 Menschen verschwunden sind, scheint mir eine ernsthafte und kritische Überprüfung dieser Erhebung angezeigt.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Schlauer Junge!]

Wir werden aber auch in jedem Fall den Blick schärfen müssen für die Frage, warum es überhaupt – auch bundesweit – derart große Abweichungen geben kann, denn verlässliche und belastbare Zahlen über die Einwohner unseres Landes sind nicht nur für die Frage des Länderfinanzausgleichs und damit für die Haushaltsaufstellung und -planung wichtig. Sie sind auch Grundlage der Organisation unseres demokratischen Gemeinwesens.

Stimmbezirke und Wahlkreise werden nach der Anzahl ihrer stimmberechtigten Einwohner geschnitten, um dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl und dem Grundsatz der Gleichheit des Mandats Rechnung zu tragen. Wir kennen auch in Berlin Abstimmungen und Befragungen, gerade auf kommunaler Ebene, wo es Quoren gibt, die erfüllt werden müssen, damit ein sich artikulierender Wille des Volkes auch eine Rechtsfolge und eine gestaltende Verbindlichkeit erfährt. Von daher ist die Frage der Sicherung und Pflege zutreffender Einwohnerdaten eine zutiefst demokratische Frage, die sich bis in den Bundesrat auswirken kann, wo die Stimmanteile der Länder abhängig von der Bevölkerungszahl sind.

Wir werden uns das Melderecht in Theorie und Praxis anschauen müssen. Hier scheint eine Ursache zu liegen, weil das An- und Abmeldeverhalten von Wohnsitzen offenbar nicht verpflichtend genug ausgestaltet, geschweige denn im Nichtbefolgensfalle ausreichend und wirkungsvoll sanktioniert ist.

Wir werden uns fragen müssen, ob auch ausufernder Datenschutz und das damit einhergehende Misstrauen gegen unseren Staat, das in Teil der Gesellschaft verbreitet zu sein scheint, eine Ursache bilden. Im Kern hat unser Gemeinwesen, wenn man alle öffentlich-rechtlichen Einrichtungen betrachtet, alle erforderlichen Daten über die Einwohner unseres Landes, um ein ak-

(Sven Rissmann)

tuelles und belastbares Melderegister pflegen zu können. Liegt es vielleicht auch an völlig unsinnigen Verboten des Staates gegen den Staat, Daten abzugleichen und auszutauschen, um verlässliche Datengrundlagen schaffen zu können?

Wie schreiben wir jetzt eigentlich unsere Zahlen fort? Auf welcher Grundlage wird Berlin nunmehr Prognoseentscheidungen treffen können? Viele Herausforderungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – Schulen, Kitas, Wohnungen usw. – hängen von Bevölkerungsprognosen ab. Brauchen wir jetzt weniger Einrichtungen in diesem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, oder müssen nur Schwerpunkte anders gesetzt werden? War es richtig, die Datenbasis für so grundlegende Fragen – ich denke, das ist gerade deutlich geworden – auf einer 24 Jahre alten Volkszählung beruhen zu lassen? Müssen die Intervalle für solche Erhebungen nicht erheblich verringert werden?

Ich denke, dieser Ausschnitt an sich aufdrängenden Fragestellungen zeigt, dass die Ergebnisse des Zensus weit über den haushalts- und finanzpolitischen Aspekt hinausgehen und uns auffordern, sie zum Anlass zu nehmen, hier eine ganz grundsätzliche Debatte zu führen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt Frau Pop – bitte schön, Frau Kollegin!

Ramona Pop (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung! Ich möchte von dieser Stelle sagen: Herzlichen Glückwunsch an den Berliner Energietisch und Dank an 265 000 Berlinerinnen und Berliner, die sich mit ihrer Unterschrift für Klimaschutz und eine andere Energiepolitik hier in Berlin starkgemacht haben!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Und wir werden heute noch darüber debattieren, dass es keine Termintricksereien bei der Abstimmung geben soll, sondern zur Bundestagswahl die Abstimmung mit stattfinden soll.

Aber ein anderes Thema hat uns alle die letzten zwei Wochen regelrecht in Atem gehalten, der neue Zensus und seine konkreten Folgen für unsere Stadt. Darüber wollen wir heute debattieren. Während vor einigen Tagen die Überschriften noch lauteten: Panik nach dem Zensuschock, Vorsicht Giftliste – und gar von einem Schwarzen Freitag bei der Koalition die Rede war, will heute der

Senat nicht mal mehr über die finanziellen Folgen des Zensus hier reden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Stattdessen soll heute über statistische Probleme und das Meldewesen debattiert werden, wie die beiden Kollegen das hier gerade begründet haben. Keine Frage, das muss man auch tun. Aber können das bitte nicht die Fachleute klären und wir uns hier als Parlament heute mit der ernsthaften Politik befassen?

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Denn auf mich – und ich bin vermutlich nicht die Einzige – macht das eher den Eindruck, dass man, was die Haushaltszahlen angeht, die Verdunkelungstaktik der letzten Tage beim Senat weiter betreibt. Der Finanzsenator ist zurzeit so etwas wie eine wandelnde Desinformationsagentur. Heute so, morgen anders, bis zuletzt keiner bei seinen Taschenspielertricks durchblickt.

An einem Tag werden noch Blut, Schweiß und Tränen beschworen. Es wird die Kein-Stein-bleibt-auf-dem-anderen-und-kein-Auge-trocken-Brachialrhetorik angeworfen, Herr Schneider, als ob die schlimmsten Zeiten der Haushaltssanierung noch bevorstünden. Und das verwunderte Publikum muss kurz danach zur Kenntnis nehmen, dass derselbe Finanzsenator plötzlich verkündet, die Rückzahlung in Höhe von knapp 1 Milliarde Euro, die dieses Jahr ansteht, sei quasi aus der Protokasse zu bezahlen, ohne neue Schulden, ohne große Anstrengung.

[Zuruf von den PIRATEN]

„So leicht geht Sparen in Berlin“ titelte dann die „FAZ“ zu Recht voller Ironie vor einigen Tagen.

Von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sind bei diesem Senat, wenn überhaupt, nur noch Spurenelemente vorhanden. Da werden erwartete Steuermehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe nicht eingetragen. Im Zins-titel wird ebenfalls Geld in gleicher Höhe gebunkert, andere erwartbare Rückzahlungen auch nicht eingepreist. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Und wo konnte man das besser erkennen als im letzten Jahr? – Im letzten Jahr zur gleichen Zeit prognostizierte der Finanzsenator mit dem Statusbericht ein Minus von 800 Millionen Euro zum Jahresende 2012. Und wie war der reale Abschluss? – Nur ein halbes Jahr später, trotz der Zahlung an den BER, die Sie sich hier genehmigt haben, bei knapp 700 Millionen plus. Das war eine Abweichung von anderthalb Milliarden Euro und sollte uns allen, vor allem der Koalition, eine Warnung sein, den propagierten Zahlen des Finanzsenators überhaupt noch Glauben zu schenken.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Statt sich jetzt wegzuducken, über Statistiken zu reden, könnte Frau Scheeres vielleicht als Wissenschaftssena-